

Kantone

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **47 (2000)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

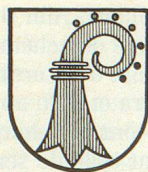
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



BASEL-LAND

**Zukunft der Sicherheitspolitik:
Juan F. Gut orientierte in Muttenz**

Mehr Qualität – weniger Quantität

Die Basellandschaftlichen Verbände für Feuerwehr und des Zivilschutzes luden auf den 15. November 1999 in die «Mittenza» in Muttenz zu einem Vortrag von Juan F. Gut, Generalsekretär des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zur Zukunft der Sicherheitspolitik ein.

HANS PETER LAAGER

Zurzeit befanden sich die Planungen für die Armee XXI und den Bevölkerungsschutz im Stadium von «Werkstattgesprächen», sagte Juan F. Gut einleitend. Verschiedene Reformen seien zwingend. Aus demographischen Gründen könne die Armee 95 nicht mehr mit genügend Leuten versehen werden. Die Finanzen reichten künftig nicht mehr, um alle Bedürfnisse abdecken zu können. Die geopolitische Lage habe sich grundlegend verändert, und auch diese bewege sich fortwährend, begründete der Referent den Reformbedarf.

Terrorismus und Info-Krieg

Als zunehmende Gefahren bezeichnete Gut den Terrorismus und den Informationskrieg. Zu einer zentralen Aufgabe auch für die Schweiz sei die Friedensförderung und die Friedenserhaltung geworden. Es gelte, Konflikte nach Möglichkeit auf den Ort ihres Ausbrechens zu beschränken. Dazu sei internationale Kooperation erforderlich. Die im Ausland eingesetzten Armeeingehörigen würden wertvolle Hilfe leisten. Am Beispiel des Kosovo legte Gut dar, wie wichtig diese Einsätze sind. Dank der Friedenssicherung und Hilfe vor Ort sei der Flüchtlingsstrom zurückgegangen und zahlreiche Asylsuchende hätten heimkehren können.

Zum Selbstschutz bewaffnen

Hingegen sei eine Änderung des Militärgesetzes nötig, damit die im Ausland ein-

gesetzten Leute zum Selbstschutz bewaffnet werden können. «Wer in Krisengebieten unbewaffnet ist, gilt als Freiwild», erklärte Gut. Es sei nicht damit zu rechnen, dass andere Nationen die Schweizer auch in Zukunft bewachen würden.

Zum Zivilschutz erklärte Gut, die in den Medien verbreiteten Meldungen, wonach er abgeschafft werde, sei falsch. Er werde sich verändern. Sowohl in der Armee als auch im Zivilschutz werde in Zukunft weniger Quantität, dafür mehr Qualität gefordert sein. Der Zivilschutz müsse sich vom «Schlimmster-Fall-Denken» lösen und sich auf die Hilfe in Notsituationen, wie sie durch Natur- und andere Katastrophen auftreten können, ausrichten. Doppelspurigkeiten seien künftig nicht mehr zahlbar. Zivilschutz und Feuerwehr würden in Zukunft zu einem umfassenden Bevölkerungsschutz zusammengefasst werden müssen. Das angeeignete Wissen und Können müsse nutzbar gemacht werden.

Entgegen anders lautenden Meldungen sei das VBS willens, die Milizarmee und die allgemeine Wehrpflicht beizubehalten. Wie diese allerdings künftig aussehen wer-

den, sei Gegenstand von Diskussionen. Der Entscheid falle auf der politischen Ebene. In der an das Referat anschliessenden Diskussion bemerkte der frühere Nationalrat Felix Auer, das Hauptproblem bestehe im Umdenken. Die Veränderungen müssten in den Köpfen vollzogen werden.

Zurück aus dem Kosovo

Der Baselbieter Militärdirektor, Andreas Koellreuter, soeben von einem Besuch mit Bundesrätin Ruth Metzler aus dem Kosovo zurückgekehrt, berichtete, er habe sich geschämt, dass die Delegation von Schweden, die ihre Aufgabe zwar gut erfüllt hatte, geschützt werden musste, weil die Schweizer dazu nicht in der Lage gewesen seien. Im übrigen habe er sich davon überzeugt, dass die Swissscoy gute Arbeit leiste. Zudem machte sich Koellreuter dafür stark, dass die mit der Armee 95 geschaffene Territorialfüsiliere mit der Armee XXI nicht bereits wieder abgeschafft werden. Sie seien eine wertvolle Hilfe für die Kantone.

Basler Zeitung, 17.11.1999



ST.GALLEN/APPENZELL

1999: St.Galler und Appenzeller Zivilschützer leisteten über 12000 Dienstage

Der Zivilschutz steht weiterhin bereit

SAVB. Das Jahr 1999 mit seinen Lawinen- und Hochwasserschäden hat gezeigt: die Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes muss weiterhin aufrecht erhalten werden. So die Bilanz der Zivilschutz-Verantwortlichen des Kantons St.Gallen und beider Appenzell zum Schadenjahr 1999.

Insgesamt sind 1999 im Kanton St.Gallen und in beiden Appenzell über 12000 Dienstage (Personentage) für die Allgemeinheit geleistet worden, die meisten davon zur Behebung von Lawinen- und Unweterschäden. In den Schadengebieten wurden in aller Regel nach der Feuerwehr sehr rasch auch Zivilschutzkräfte zur längerfristigen Unterstützung und zur Wiederinstandstellung aufgeboden. Die praktische Zusammenarbeit mit den Ersteinsatzkräften (Feuerwehr, Polizei) verlief durchwegs unproblematisch und konstruktiv.

Die gezeigte Bereitschaft zu rascher und unkomplizierter Hilfe soll auch in den kommenden Jahren beibehalten werden. Bis Ende 2002, bis zur Umsetzung des neuen Bevölkerungsschutz-Konzeptes, gilt der bisherige Auftrag des Zivilschutzes. Entsprechend sind die einzelnen Zivilschutzorganisationen gehalten, ihre Einsatzbereitschaft nicht zu vernachlässigen.

St.Galler stark gefordert

Wie willkommen die Helfer aus dem Zivilschutz bei den Ernstfallereignissen in diesem aussergewöhnlichen Jahr waren, hat sich besonders deutlich im Kanton St. Gallen gezeigt. Er wurde ungleich stärker als das Appenzellerland betroffen. Nach Angaben von Bruno Hufenus, Leiter des sanktgallischen Amtes für Zivilschutz, sind die Einsätze von der Bevölkerung sehr geschätzt worden. In sieben Schadenregio-

nen wurden bis Ende Oktober über 10 000 Dienstage geleistet. Insgesamt waren zwischen 2000 und 3000 Personen aus dem Zivilschutz jeweils für 3 bis 5 Tage im Einsatz. Beteiligt waren rund Dreiviertel der 46 Zivilschutzorganisationen im Kanton St.Gallen – etliche von ihnen waren selber nicht unmittelbar betroffen, sondern eilten Gemeinden mit grossen Schäden zu Hilfe. Besonders intensiv war die Hilfe im Linthgebiet und am Bodensee (Hochwasser) sowie in den Bezirken Werdenberg und Sarganserland (Lawinen). Gleich an zwei Fronten zu kämpfen hatten die Zivilschützer im Obertoggenburg: Hier richteten sowohl Hochwasser als auch Lawinen beträchtliche Schäden an. Im landesweiten Vergleich hatten die St.Galler überdurchschnittliche Einsätze zu leisten: Laut Hufe-

nus rechnet der Bund mit über 100 000 Zivilschutz-Personentagen, die zur Eindämmung und Beseitigung der Unwetter- und Lawinenschäden erbracht wurden.

Ausserrhoden half auswärts

In Ausserrhoden leisteten die regionalen Zivilschutzorganisationen total rund 2100 Dienstage. Im eigenen Kanton waren lediglich kleinere Rutschungen zu beseitigen. Grösstes Ereignis war im Mai die Evakuierung und Sicherung eines Hauses in Schwellbrunn. Die Ausserrhoder zeigten sich jedoch solidarisch und legten in den von Lawinen stark in Mitleidenschaft gezogenen Gemeinden Bürglen UR sowie Martina GR und Samnaun GR Hand an: insgesamt 1200 Dienstage. Zudem wurden An-

gehörige des Betreuungsdienstes mit Erfolg in den provisorischen Flüchtlingszentren des Kantons zur Mithilfe eingesetzt. «Dieses Jahr hat gezeigt: Man braucht den Zivilschutz», sagt Hans Saxer, Leiter des Ausserrhoder Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz. Insbesondere der Einsatz der Rettungselemente habe sich bewährt. In Appenzel Innerrhoden bilanziert Edi Harzenmoser, Chef des Amtes für Zivilschutz, insgesamt 548 Dienstage in direktem und indirektem Zusammenhang mit den Naturereignissen – auch hier waren nur kleinere Schäden nach Erdbeben zu beseitigen. Bemerkenswert: Innerrhoder Zivilschützer stellten auf der Fälenalp Zelte für Mensch und Tier auf: Die Alphütten waren bis zum First im Hochwasser des Fälensees versunken. ▣



THURGAU

Künftig nur noch 30 ZSO: Übergang zu einem «Sicherheitsverbund Thurgau»

Der Zivilschutz wird schlanker

me. Der Zivilschutz hat innerhalb von fünf Jahren ein neues Gesicht bekommen und sich von kriegerischen weg zu Katastrophen-Szenarios hingewandt. Der neuen thurgauischen Gemeindeflandschaft angepasst worden sind die Zivilschutzorganisationen. Deren Zahl wird jetzt weiter auf 30 reduziert.

Professioneller und schlanker

Die Hausaufgaben des Bundes hat der Thurgau gemacht. Doch der Umbruch geht sozusagen rollend weiter. In einem für Miliz-Verhältnisse rasanten Tempo. «Weil im Leitbild der bisherige Pfeiler Kriegsvorbereitungen praktisch wegfiel, musste ein Umbau erfolgen und lag eine Reduktion der Zahl der örtlichen Zivilschutzorganisationen auf der Hand, weil einige mit reduzierten Beständen den Auftrag der Katastrophenhilfe nicht mehr zu erfüllen imstande sind», erklärt Amtschef Niklaus Stähli den Handlungsbedarf. Seither wurden denn auch schon Organisationen gestrafft durch Zusammenschlüsse. Dies erfolgte mehr oder weniger frei-

willig aufgrund von Behördenvereinbarungen. Gemäss Stähli hat man dabei Rücksicht genommen auf den laufenden Prozess der Gemeindereorganisation. Wo neue grössere Gemeindegebilde entstanden, ist auf Ebene Zivilschutz gestrafft worden: von ursprünglich 87 ZS-Organisationen auf deren 42. Gemäss Beschluss der Regierung wird jetzt auf 30 Einheiten zurückgefahren.

Bisher zugewiesene Organisationen, die vorab aus finanziellen Überlegungen bestehen bleiben wollten, werden auf 2000 hin aufgehoben, beziehungsweise integriert. Daraufhin tendierte der Kanton bereits seit einiger Zeit, gab aber keine zeitliche Vorgabe vor, bis sich die neue thurgauische Gemeindeflandschaft formiert hat.

Knappere Ressourcen

Die Abspeck-Übung des Zivilschutzes hat einerseits mit dem neuen Leistungsauftrag zu tun, zum andern mit den knappen Mitteln des Bundes, woher der finanzielle Druck nicht erst seit kurzem spürbar ist. «Wir sind gehalten», so Stähli, «mit den finanziellen und personellen Ressourcen sorgsam umzugehen.» Das war mit ein Grund, die Kräfte zu bündeln und die Effizienz des Zivilschutzes zu steigern. Jede Organisation verfügt künftig mindestens über einen Rettungszug, was bisher nicht durchwegs der Fall war. «Wir haben beim Hochwassereinsatz gesehen, was diese zu leisten vermögen.» Zudem sind die personellen und materiellen Mittel vorhanden, um die Dienste Betreuung, Nachrichten/Übermittlung, Sanität, Pionier/Brandschutz einsetzen zu können. Der Regierungsrat betont, dass allen Gemeinden die verfassungsmässig zugeständene Führungsverantwortung erhalten

bleibt: «Alle Gemeinden haben das gleiche Zugriffsrecht auf die Mittel des Zivilschutzes und können diesen direkt anbieten.»

Als nächstes kommt der «Sicherheitsverbund»

Beim neuen Status quo wirds wohl nicht lange bleiben: Weitere Reformen und Projekte sind bereits in der Pipeline. Die sicherheitspolitischen Leitlinien des Bundesrates zum «Bevölkerungsschutz» sehen einen engeren Verbund mit Armee und Feuerwehr usw. vor. Dabei sollen die Aufgaben besser koordiniert werden.

Ähnliche Überlegungen macht man sich im Kanton zu einem künftigen «Sicherheitsverbund Thurgau», der in den nächsten Jahren Konturen bekommen, aber wohl nicht vor 2004 auf Stufe Gemeinden umgesetzt werden soll. Bei der Aufgabenteilung zwischen Kanton, Gemeinden und Partnerorganisationen des Zivilschutzes müssen die Rollen neu definiert werden. «Es bestehen heute noch Doppelspurigkeiten, die ausgemerzt werden müssen, so beim Sanitäts-/Gesundheitsdienst und bei der Rettung», betont Niklaus Stähli. Laut Regierung seien aus dem Projekt Bevölkerungsschutz aber noch keine verbindlichen abzuleiten. «Es ist aber anzunehmen, dass eher regionale Strukturen gebildet werden.» Innerhalb eines Jahrzehnts sind die Zivilschutz-Bestände im Thurgau schrittweise von 18 000 auf 9600 und schliesslich auf 5600 «aktiv» eingeteilt und ausgebildete Angehörige reduziert worden; 4000 bilden die Reserve. Die Frage der Dienstpflicht soll nach Stähli nächstens befriedigend geregelt werden. Angestrebt werde ein einheitliches System, in das auch die Feuerwehr als Partner eingebunden werden soll. ▣